

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete,

2012 sollte eigentlich ein Jubeljahr für die Südtiroler Autonomie werden. Unter dem Motto 72:92:12 haben wir das 40-jährige Bestehen des Zweiten Autonomiestatuts in Erinnerung gerufen und gleichzeitig an das 20-Jährige der Streitbeilegungserklärung erinnert. Doch seien wir uns ehrlich: Viel Zeit zum Feiern ist uns in diesem Jahr nicht geblieben und auch die Feierstimmung wollte sich nicht immer einstellen.

Sicher: Da gab es die große Autonomiefeyer am 5. September in Meran, anlässlich derer wir die Staatsoberhäupter Österreichs und Italiens auszeichnen konnten, und zwar stellvertretend für alle demokratischen Kräfte in beiden Ländern, die uns diese Autonomie ermöglicht haben, die wiederum die Basis für das bildet, was wir heute sind. Es war eine Feier, die mehr war, als nur eine Ordensverleihung: Es war eine Feier, in der wir uns die Bedeutung der Autonomie in Erinnerung gerufen haben und bei der sowohl Rom als auch Wien einmal mehr unmissverständlich klargemacht haben, welchen Stellenwert diese Autonomie auch für die beiden Staaten hat: als international verankerter, bilateraler Vertrag, als Bindeglied, als Brücke zwischen zwei Kulturräumen und nicht zuletzt als Aushängeschild für einen modernen, für einen friedlichen, für einen auf Ausgleich bedachten, für einen erfolgreichen Minderheitenschutz. Noch vor 20 Jahren wäre eine solche Feier undenkbar gewesen, wäre wohl von Rom, Wien und vielleicht auch in Südtirol abgelehnt worden. Dass sie möglich war, dass sie zustande gekommen ist und dass sie so abgelaufen ist, wie sie abgelaufen ist, ist demnach ein schönes Symbol dafür, wie weit es Südtirol im vergangenen Vierteljahrhundert gebracht hat.

Einmal abgesehen von dieser von den meisten Seiten als gelungen betrachteten Feier in Meran aber hielt sich – wie bereits erwähnt – die Jubelstimmung in Grenzen. Als verlässlicher Stimmungskiller hat sich dabei die Regierung Monti in Rom hervorgetan, die uns Woche für Woche mit neuen Sparankündigungen, vor allem aber mit tiefen Eingriffen in unsere autonomen Zuständigkeiten überrascht hat. Obwohl: Irgendwann waren diese Eingriffe dermaßen regelmäßig, ja systematisch, dass uns mehr überrascht hat, wenn sie einmal ausgeblieben sind, etwa bei der Regelung des Schulkalenders.

Die Regierung Monti war aber nicht die einzige, die es verstanden hat, uns die Stimmung und die Lust am Feiern unserer Autonomie zu vermiesen. Wir haben – auch das muss

man in aller Deutlichkeit sagen – auch selbst sehr viel dazu beigetragen, dass eher Kater- als Feierstimmung aufgekommen ist, haben wir in diesen Wochen und Monaten doch leider selten mit Erfreulichem die öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Vielmehr waren es Dinge wie die Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe der Stromkonzessionen, die Stein-an-Stein-Affäre, das leidige Thema Treuhandgesellschaften, die ständig mehr werdenden Kontrollen des Rechnungshofs oder die plötzlichen Unsicherheiten rund um die seit Jahrzehnten allgemein so geübte Handhabung der Sonderfonds, die nicht nur politisch, sondern vor allem bei unseren Auftraggebern, bei der Bevölkerung für viel Unsicherheit und durchaus auch Unmut gesorgt haben.

Dieser Unmut, auch das muss hier betont werden, kommt nicht von ungefähr. Wenn sich der Bürger nämlich nicht mehr darauf verlassen kann, dass die Dinge, die ihm wichtig sind, die für die Gesellschaft wichtig sind, nach allen Regeln der Kunst verwaltet werden, wenn er sich nicht mehr darauf verlassen kann, dass alle Gesetze eingehalten und alle Zweifel ausgeschlossen werden, dann hat er allen Grund, die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und – grundsätzlicher – mit seinen Repräsentanten unzufrieden zu sein. In diesen Monaten ist demnach viel politisches, viel demokratisches Porzellan zerschlagen worden, es wird Jahre dauern, die Scherben wieder zu kitten und es wird Aufgabe von uns allen sein, mit Hand anzulegen, um die Scherben wieder zusammenzufügen.

Also: Anstatt des Jubeljahres 72:92:12 war 2012 ein Jahr Kampf und Krampf für die Autonomie, die – auch das müssen wir uns eingestehen – nicht gestärkt aus diesem Jahr hervorgeht, sondern angeschlagen: von Rom aus hat man versucht, sie auszuhungern, hat sie von allen Seiten angenagt und in vielen Fragen gering geschätzt, in so manchen sogar missachtet. Und wir hier in Südtirol haben ihr nicht den nötigen Respekt erwiesen, haben sie nach außen hin zwar mit Zähnen und Klauen verteidigt, ihr aber von innen Schaden zugefügt, indem wir an ihren Fundamenten gerüttelt haben. Denn diese Fundamente heißen nicht – oder nicht nur – Pariser Vertrag und Autonomiestatut, sondern sie heißen auch Ehrlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, Moral, Transparenz, Offenheit, Engagement und Hingabe.

Erlauben Sie mir einen kurzen persönlichen Gedanken, meine Damen und Herren: Ich halte nun bereits seit fast einem Vierteljahrhundert Haushaltsreden und ich habe sie stets mit Stolz gehalten. Dies nicht zuletzt, weil ich meist ein weiteres Kapitel einer

Erfolgsgeschichte erzählen konnte. Nicht meiner persönlichen, wohlgemerkt, sondern Kapitel aus der Erfolgsgeschichte namens Südtirol.

Über lange Jahre konnten wir stets Wachstum vermelden, wir konnten vermelden, dass wir mit viel Engagement, mit viel Einsatz, ja, warum nicht: auch mit viel Geld die Infrastrukturlücke in Südtirol haben schließen können. Wir konnten vermelden, dass die Lebensumstände der Südtiroler sich ständig verbessert haben, dass alle wichtigen Einrichtungen für jeden nun in Griffweite sind, dass wir die Gesundheits- und Sozialversorgung stetig ausgebaut und verbessert haben, dass die Bildung ein Niveau erreicht hat, um das uns mittlerweile auch unsere Nachbarn beneiden, dass Umwelt und Landschaft effizient geschützt werden, dass früh schon die Notwendigkeit zum Umstieg auf erneuerbare Energiequellen erkannt und vollzogen worden ist, dass sich Stadt und Land gleichermaßen entwickelt haben, dass es keine Landflucht gibt, dafür aber eine Vollbeschäftigung, die weltweit ein mehr als nur willkommener Anachronismus scheint. Wir konnten regelmäßig positive Zahlen in der Wirtschaftsentwicklung melden und können auch in diesem Jahr wieder mit besseren Zahlen aufwarten als alle anderen Regionen. Etwas, was uns vor einigen Tagen auch das ISTAT bestätigt hat, das uns nicht nur staatsweit das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf bescheinigt, sondern auch das einzige BIP pro Kopf, das in den letzten Jahren nicht gesunken ist.

Kurz: In diesen fast 25 Jahren haben wir den Lebensstandard der Südtiroler um ein Vielfaches angehoben, wir haben – das werde ich nicht müde zu betonen – den Sprung von den Holzbänken in die erste Klasse Europas geschafft und gelten heute als Vorzeigemodell in den unterschiedlichsten Bereichen: vom Minderheitenschutz über Bildung und soziales Netz bis hin zu erneuerbarer Energie, Beschäftigungspolitik oder Mobilität.

Das alles darf man nicht aus den Augen verlieren, wenn ich heute eine Haushaltsrede halte, die sich um das Aushungern der Autonomie dreht (oder zumindest den Versuch eines Aushungerns), um die Eingriffe in unsere Zuständigkeiten und um die Schwächungen dieser Autonomie, die wir uns selbst zuzuschreiben haben. Man muss es sich vor Augen halten, um die Dimension dessen zu begreifen, was derzeit passiert: wer nämlich glaubt oder glauben macht, die Autonomie habe nie Schlimmeres erlebt, Südtirol stecke in der tiefsten Krise seit jeher oder sonst eine existentielle Gefahr heraufziehen sieht, der irrt: Südtirols Erfolgsgeschichte endet nicht im Jahr 2012, Südtirols Autonomie wird – da bin ich mir sicher – die Angriffe aus Rom überstehen, vielleicht mit ein paar Schrammen und Kratzern, nicht aber mit fundamentalen Löchern, Südtirols Autonomie

wird weiterhin stark sein und das Leben in Südtirol wird trotz finanzieller und politischer Einschnitte weiterhin besser sein als in den anderen Ländern Italiens, ja in den allermeisten Regionen Europas: wirtschaftlich stabiler, ethnisch geerdeter, friedlicher, sozial gesicherter. Das, meine Damen und Herren, ist bei allen Diskussionen rund um die aktuellen und alles andere als erfreulichen Entwicklungen zu beachten.

Also: Widmen wir uns den weniger angenehmen Dingen, die uns das Jahr 2012 als Erbe für die nahe Zukunft, in jedem Fall aber für das Jahr 2013 hinterlässt. Es ist dies in erster Linie das, was ich als „Versuch des Aushungerns unserer Autonomie“ bezeichnet habe. Die Bezeichnung ist vielleicht nicht ganz korrekt, unterstelle ich damit doch, dass die finanziellen Einschnitte, die uns die Regierung Monti abverlangt, ein versteckter Angriff auf die Autonomie seien. Das sind sie, da bin ich mir sicher, nicht. Sie sind vielmehr Frucht der Verzweiflung der Regierung Monti, die Geld braucht, und zwar dringend, um Italien vor dem Bankrott zu bewahren. Woher das Geld stammt, scheint der Regierung dabei egal zu sein, in der Verzweiflung klaubt man es zusammen, wo immer es zu finden ist. Ich habe wohl gemerkt „klaubt“ gesagt, obwohl „klaut“ vielleicht – gerade im Zusammenhang mit unserem Land – richtiger wäre...

In dieser Verzweiflung scheint man nun Südtirol mit einem Bankomatschalter zu verwechseln, von dem man laufend Geld abbuchen kann, obwohl das Konto, von dem man abbucht, eigentlich gar nicht das eigene ist. Wir als Kontoinhaber können nichts anderes tun, als die Bank darauf aufmerksam zu machen, dass es da jemanden gibt, der unbefugt auf unser Konto zugreift. Wir tun dies, indem wir bei jedem weiteren Sparzwang, bei jeder weiteren Sondersteuer, die man einführt, bei jeder weiteren verweigerten Auszahlung uns zustehender Gelder das Verfassungsgericht anrufen, darauf aufmerksam machen, dass hier Verfassungsrecht, ja internationale Verträge mit Füßen getreten werden.

Noch haben wir keine Urteile vorliegen – wir wissen ja, in Italien mahlen die Mühlen der Justiz nun einmal langsam – trotzdem besteht für mich aber kein Zweifel, dass wir in den allermeisten Fragen vor Gericht Recht bekommen werden: zu eklatant sind die Verstöße gegen die Verfassung, gegen das Autonomiestatut, gegen das Mailänder Abkommen, zu evident die Missachtung geltenden Rechts. Wir können also mit einiger Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass man anerkennen wird, dass die römische Regierung vom falschen Konto abbucht bzw. unbefugt auf das unsere zugreift. Nur: Mittlerweile ist es fast eine Milliarde Euro, die letztendlich auf diesem Konto fehlt, und aus welchen Quellen der Staat

uns dieses Geld irgendwann rückerstatten will, wenn er vom Verfassungsgericht dazu verdonnert wird, steht auf einem anderen Blatt Papier. Es wird Gegenstand von Verhandlungen mit Rom sein, wann uns wie viel rückerstattet wird, und daraus wird klar: Die Regierung Monti tut derzeit nichts anderes, als bei Südtirol Schulden anzuhäufen. Sie tut dies ohne das Einverständnis des Gläubigers, sie tut dies ja sogar ohne Rücksprache mit uns zu halten.

Erlauben Sie mir, hier eine Klammer zu öffnen: Was man derzeit nämlich oft vergisst, ist die Tatsache, dass es in Sachen Finanzierung der Autonomie neben der Montischen noch eine zweite – nennen wir es einmal martialisch – Front gibt und die verläuft in Brüssel. Dort wird in den nächsten Wochen der EU-Finanzrahmen für die kommenden sieben Jahre abgesteckt. Damit werden Entscheidungen getroffen, die auch für Südtirol von enormer Tragweite sind, haben wir doch in den letzten Jahren immer auf erhebliche EU-Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums, die Regionalpolitik, die Entwicklung peripherer und grenznaher Gebiete (sprich: Leader und Interreg) sowie für soziale Programme, hier vor allem über den ESF, zurückgreifen können. Diese Mittel könnten künftig spärlicher fließen und zum Verhängnis werden uns hier vor allem die Daten, auf die wir besonders stolz sind: das hohe BIP pro Kopf, das hohe Durchschnittseinkommen, die niedrige Arbeitslosigkeit.

Was man allerdings nicht vergessen darf und was wir in Brüssel gebetsmühlenhaft wiederholen, ist die Tatsache, dass wir in einem Berggebiet leben und damit natürliche Nachteile auszugleichen haben – und zwar mit hohen Kosten für die Gesellschaft. Damit wir nämlich wettbewerbsfähig bleiben, müssen wir die höheren Produktions- und Transportkosten unserer Güter berücksichtigen und ausgleichen können. Fällt diese Möglichkeit weg, dann wird Südtirol auf der europäischen Wirtschaftskarte in vielen Sparten wieder zum weißen Fleck, nicht zuletzt in der Landwirtschaft.

Also: Ums Geld gekämpft wird im nächsten Jahr nicht nur in Rom, ums Geld gekämpft wird auch in Brüssel und für diese Kämpfe werden wir auf möglichst breite Allianzen setzen, auf Länder mit ähnlichen Interessen und unsere historischen Verbündeten. Und damit schließe ich die Brüsseler Klammer und kehre zurück nach Rom.

Denn wenn es auch in keinster Weise zu billigen ist, so ist doch irgendwo verständlich, dass die Regierung Monti derzeit alle nur irgendwie verfügbaren Geldquellen erschließt, geht es für sie doch um das übergeordnete Ziel, Italien vor dem wirtschaftlichen Ruin zu

retten. Was dagegen weder zu billigen noch verständlich ist, das sind die tiefen Eingriffe Roms in unsere autonomen Zuständigkeiten. Es ist in letzter Zeit kaum ein Landesgesetz unangefochten geblieben und fast jeden Freitag, wenn der Ministerrat tagt, lugt der lange Arm des Staates durch irgendeine Tür in unserem Autonomiestatut. Ein paar Beispiele: Da wäre die Energiepolitik, die der Staat nun plötzlich wieder zentral regeln möchte, indem er detailliert die Spielregeln vorgibt, obwohl sie unsere Sache sind, da wäre unsere Handelsordnung, die man aus den Angeln heben will, indem man unsere Urbanistik mit Argumenten der Liberalisierung ad absurdum führen möchte, und da wäre nicht zuletzt die Neuregelung der Toponomastik, die man mit – ich muss schon sagen haarsträubenden, ja beängstigenden – Argumenten kippen möchte.

Letzteres ist für mich überhaupt ein Beispiel dafür, dass diese Technikerregierung weit über ihre eigentliche Aufgabe hinausgreift und genuin politisches Territorium betritt, und zwar von einer Seite (jener rechts außen), die uns Südtirolern überhaupt nicht gefallen kann. Wer die Begründung zur Anfechtung unserer Toponomastikregelung liest, dem stehen – verzeihen Sie mir den Ausdruck – die Grausbirnen auf. Da ist von demokratisch legitimierten italienischen Ortsnamen die Rede – ja, genau, wir reden immer noch über die vom Faschismus frei erfundenen Namen oder besser: Begriffe –, von allein rechtmäßigen italienischen Namen und unserem „Recht“, die Existenz der deutschen und ladinischen nachweisen zu dürfen. Ja um Himmels willen: Welche Namen gab es denn in Südtirol vor dessen Angliederung an Italien? Die deutschen und ladinischen oder alle italienischen? Und wer hat dieser Regierung überhaupt Geschichtsunterricht erteilt? Welchen historischen „Wahrheiten“ folgt sie? Überall sonst müsste ein so eklatanter Versuch der Geschichtsklitterung, ja der Geschichtsfälschung einen Sturm der Entrüstung ernten, in Italien bleibt er selbstverständlich aus.

Lassen Sie mich noch eines kurz zur Toponomastik-Regelung sagen, weil sie ohne Zweifel eine historische war: Wir haben hier im Landtag einen Kompromiss zur Ortsnamenregelung gefunden, der – das ist bei weitem nicht nur meine Meinung – ein für alle Seiten tragbarer war, einer, der die historische Wahrheit ebenso im Auge hat, wie den wirklichen Gebrauch von Namen in italienischer Sprache in diesem Land. Es war, es ist ein Kompromiss, der deutlich macht, dass die ursprünglichen Ortsnamen in unserem Land die deutschen und die ladinischen sind, der aber auch deutlich macht, dass man 90 Jahre italienische Geschichte in unserem Land nicht einfach ignorieren oder auslöschen kann. Es war, es ist demnach ein guter Kompromiss, den wir vor dem Verfassungsgericht verteidigen werden – und falls nötig auch nicht nur dort, sondern auf allen Ebenen, die uns

offen stehen. Denn eines ist klar: Wir haben jahre-, ja jahrzehntelang um diesen Kompromiss gerungen und wir werden ihn uns nicht von einer Technikerregierung mit Rechtsaußen-Argumenten zunichte machen lassen!

Was bleibt also 2013 von diesen Scharmützeln um die Autonomie? Sehr viel, würde ich sagen, erwarten wir doch erstens noch weitere Eingriffe – alles andere wäre bei den Erfahrungen, die wir mit dieser Regierung bisher gemacht haben, ein Wunder... – und zweitens fallen die wichtigen Entscheidungen, jene vor dem Verfassungsgericht erst in den nächsten Monaten. Also: 2013 wird ein Jahr sein, in dem es die Autonomie auf allen Ebenen zu verteidigen gilt. Oder besser: nicht die Autonomie an sich, sondern unsere einzelnen autonomen Zuständigkeiten, denn die Autonomie an sich kann auch die Regierung Monti nicht gefährden. Sie ruht weiter auf sicheren Beinen, ihre Säulen haben weiterhin Verfassungs- bzw. internationalen Rang.

Trotzdem: Es geht darum, unsere Autonomie nicht in einer Politik der kleinen, der unauffälligen Schritte aushöhlen zu lassen. Es geht darum, das, was wir in den letzten Jahren mühsam erarbeitet, ja erkämpft haben, nicht einfach den Bach hinuntergehen zu lassen. Es geht demnach darum, für unsere Autonomie in allen ihren Ausprägungen und allen ihren Details einzustehen, sie zu verteidigen, sie zu sichern, kein Jota nachzugeben, um das solide Gebäude der Autonomie, das wir in den letzten Jahren so erfolgreich gebaut und eingerichtet haben, nicht zu beschädigen. Und wir geben auch das Ziel nicht auf, die Autonomie weiter auszubauen, und zwar auf den Schienen, die wir mit dem Mailänder Abkommen gelegt haben. Die Schlüsselbegriffe hierzu sind Steuersätze und Steuereinhebung, die Finanzierung der RAI-Programme, der Postdienst und die Uni sowie eine tragbare Regelung der Finanzierung von Projekten in den Nachbargemeinden.

Was uns dabei beruhigt, ist zu wissen, dass wir den Kampf um unsere Autonomie nicht alleine führen. Wir können uns weiterhin auf die verlassen, die uns immer schon zur Seite gestanden haben. Das ist unser Vaterland Österreich zum einen und das sind die Südtiroler deutscher und ladinischer Muttersprache zum anderen. Und wir können uns auf die verlassen, die wir in den letzten Jahren von der Bedeutung unserer Autonomie überzeugen konnten, und das sind die Südtiroler italienischer Muttersprache. Ihnen konnten wir – gerade in den letzten 20 Jahren – beweisen, welche Vorteile die Autonomie allen in diesem Land Lebenden bringt, wir konnten ihnen beweisen, dass die Autonomie kein Instrument der Majorisierung von Seiten der Deutschen und Ladinier ist, wir konnten

ihnen beweisen, dass sie gleichberechtigt am Auf- und Ausbau des Autonomiegebäudes beteiligt werden, wenn sie sich zur Autonomie bekennen.

Und wenn ich auf die letzten 23 Jahre zurückblicke, in denen ich das Glück hatte, dieses Land mitgestalten zu dürfen, dann ist es gerade dies, was mich besonders stolz, besonders glücklich macht: Südtirol ist heute kein Land mehr, in dem drei Sprachgruppen sich mehr oder minder feindlich gegenüberstehen, es ist auch kein Land mehr, in dem drei Sprachgruppen mehr schlecht als recht nebeneinander herleben – jede mit ihren eigenen Interessen, jede mit ihrer eigenen Agenda. Südtirol ist heute vielmehr ein Land, das von den drei Sprachgruppen gemeinsam vorangebracht wird, in dem das Ethnische zwar noch ein Faktor ist, aber bei weitem nicht mehr der alles und alleinig bestimmende, in dem die Vielfalt nicht als Problem, sondern als Chance und Reichtum gesehen wird. Südtirol ist heute ein durch und durch dreisprachiges Land und damit Heimat für alle hier Lebenden.

Dass wir das geschafft haben, dass wir es geschafft haben, den Begriff „Heimat“ auch für die Italiener im Land fassbar zu machen, ohne die Deutschen und Ladinler dabei aus den Augen zu verlieren, dass wir es geschafft haben, dass sich heute alle zu diesem Südtirol, zum autonomen Südtirol, zum dreisprachigen Südtirol bekennen, das ist ein Erfolg von historischer Tragweite und das größte, das wichtigste, das bedeutendste Erbe, das wir nach Ende dieses Vierteljahrhunderts hinterlassen.

Lassen Sie mich wieder zur Aktualität zurückkommen und damit zum Kapitel dieser Haushaltsrede, das mir die größten Bauchschmerzen bereitet. Denn wenn wir von den Angriffen auf die Autonomie reden, von den Angriffen auf unser Land, von den Angriffen auf unsere Erfolgsgeschichte, die wir in diesem Jahr zu beobachten hatten, dann genügt es nicht, nur mit dem Finger nach Rom zu zeigen. Denn wie heißt es so schön: Wenn wir mit dem Finger auf jemanden zeigen, dann weisen drei Finger auf uns selbst zurück. Das gilt in dieser Geschichte sogar noch mehr als sonst, denn: Wir waren uns in diesem Jahr nicht minder selbst Feind, als es Rom gewesen ist. Oft hatte es den Anschein, als ob wir selbst alles daran setzen würden, uns, unserem Land, unserer Politik und Verwaltung Schaden zuzufügen.

Was ich meine, wissen Sie selbst am besten, ich habe die Beispiele auch schon eingangs genannt: die Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe der Stromkonzessionen, die Stein-an-Stein-Affäre, die Treuhandgesellschaften oder die häufiger werdenden und oft unverständlichen Untersuchungen des Rechnungshofs. All dies hat dazu beigetragen, dass die Bürger ihr Vertrauen in uns, in die Politik, in die Verwaltung erschüttert sahen.

Manchmal völlig zu recht, wie etwa in Sachen Stromkonzessionen, manchmal auch nur deshalb, weil von verschiedensten Seiten bewusst Zweifel gesät wurden. Was dabei die Unregelmäßigkeiten, nein, werden wir ruhig klarer: die Manipulationen bei der Vergabe der Stromkonzessionen betrifft, so ist ein- für allemal zu betonen: Sie sind nicht zu entschuldigen, sie haben das Vertrauen der Bürger in den regelgerechten Gang der Verwaltung, in unsere Politik nachhaltig erschüttert, und zwar zu Recht: Jahrelang, jahrzehntelang haben wir uns damit gerühmt, in unserem Land Gesetze mit deutscher Gründlichkeit anzuwenden, keine Augen zuzudrücken, keinen Schlendrian zuzulassen und schon gar keine Vetternwirtschaft. Sagen wir es ruhig offen: Wir haben uns damit gerühmt, besser – und zwar im Sinne von „moralisch besser“ – zu sein als die anderen. Ein einziger Fall zeigt nun: Wir sind es nicht, wir sind nicht besser, wir sind nicht unfehlbar, wir sind nicht ohne Schuld. Das, meine Damen und Herren, ist das, was jenseits aller Folgen, die uns aus den Manipulationen erwachsen können, an uns haften bleiben wird – und zwar sehr lange.

Erlauben Sie mir dabei eine Unterscheidung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen: Eines ist, Fehler zu machen, und niemand ist frei von solchen. Wer arbeitet, das wissen wir, macht Fehler, wer Entscheidungen trifft, trifft manchmal unweigerlich auch falsche. Nach bestem Wissen und Gewissen Entscheidungen zu treffen und damit falsch zu liegen, ist aber etwas gänzlich anderes, als vorsätzlich zu manipulieren. Was demnach vor der Vergabe der Stromkonzessionen passiert ist, war sicher ein Fehler, ein gewaltiger noch dazu, es war aber gleichzeitig auch weit mehr als das. Es war ein Anschlag auf unsere eigene, allseits gerühmte Arbeit, es war ein Anschlag auf das Vertrauen, das die Bürger in uns setzen, es war ein Anschlag auf all das, was Südtirols Politik und Verwaltung in den letzten Jahrzehnten ausgezeichnet hat: auf Sicherheit und Verlässlichkeit, auf Rechtsstaatlichkeit und Gleichbehandlung, auf Unabhängigkeit und Genauigkeit.

Wir haben demnach einen gleich doppelten Schaden aus dieser Affäre zu beheben. So geht es kurzfristig einmal um eventuelle materielle Schäden, die uns aus alledem erwachsen könnten, weshalb wir die Gerichtsverfahren im Auge behalten und entsprechend reagieren müssen. Dazu geht es darum, dass Landesregierung und Landtag klare Regeln zur Ausschreibung, Überprüfung und Vergabe künftiger Wasserkonzessionen zur Stromproduktion festlegen muss. Die von der Regierung Monti vorgegebenen Richtlinien werden dabei gleichermaßen zu beachten sein, wie die Schaffung von Klarheit in den Rollen von Antragstellern und Konzessionsgebern.

Klar ist: Das, was passiert ist, ändert nichts an der grundsätzlichen Ausrichtung unserer Strompolitik, von der die SEL bzw. die Wasserkraft nur ein Teil ist. Ein großer Teil unserer Anstrengungen im Energiebereich liegt schließlich bereits seit Jahren auf der Förderung von Energieeffizienz und -einsparung. Wir sind in diesem Bereich Vorbild für viele und nicht weniger Vorbild sind wir in der Nutzung alternativer, erneuerbarer Energiequellen, die unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen minimiert. So fördern wir seit Jahren – und tun dies auch weiterhin – die Nutzung von Sonnen- und Windenergie, von Biomasse und Erdwärme: sauberen Energieformen, die keinerlei Hypothesen auf die Schultern unserer Kinder laden.

Dazu kommt natürlich die Wasserkraft in allen ihren Formen, auch in jenen von Pumpspeicherwerken, die eine immer größere Bedeutung bekommen werden. Die Wasserkraft ist Teil, ein großer Teil dieser energetischen Alternativstrategie und wir sind auch nach dem Schlamassel rund um die Wasserkonzessionen weiterhin von einem überzeugt: Es ist gesellschaftlich wünschenswert, wenn der Nutzen aus der Nutzung unserer natürlichen Ressourcen weniger Privaten, als vielmehr der öffentlichen Hand und damit der Allgemeinheit zugute kommt. Die Landesenergiegesellschaft SEL ist dabei eine der Vertreterinnen der öffentlichen Hand, eine Gesellschaft, die ganz Südtirol vertritt und von der alle Südtiroler profitieren. Auch daran – das sollten wir nie vergessen – ändert das Fehlverhalten der alten SEL-Spitze nichts.

Der zweite Schaden ist ein weit schwerer zu quantifizierender: Es ist ein Verlust, der mitunter auch schwerer wiegt als ein finanzieller. Es ist der Verlust an Vertrauen in die Institutionen und die Verwaltung, in die Politik und uns Politiker, in die Parteien und damit letztendlich in die Demokratie. Diesen Verlust wieder auszugleichen, ihn wettzumachen, das Vertrauen der Bürger wieder zurückzugewinnen, sie von den Stärken unseres Systems – des politischen Systems, meine ich, nicht des in den letzten Wochen so oft angestregten „Systems Südtirol“, was auch immer das auch sein soll – zu überzeugen, wird unser aller Aufgabe sein, auch wenn wir selbst nicht die Verursacher des Schadens sind. Unsere Chance liegt darin, uns der oben genannten Attribute Südtiroler Politik und Südtiroler Verwaltung zu besinnen und die wiederhole ich gerne: Sicherheit und Verlässlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und Gleichbehandlung, Unabhängigkeit und Genauigkeit. Es sind diese Tugenden, die uns zu dem gemacht haben, was wir heute sind, es sind diese Tugenden, die es nun wieder hervorzukehren gilt.

Der Blick, meine Damen und Herren, muss damit wieder nach vorne gehen, auch wenn uns die Altlasten dieses ablaufenden Jahres noch über Monate verfolgen werden. Der Blick muss nach vorne gehen, weil die Herausforderungen, denen wir uns zu stellen haben, keine kleinen sind und es nicht erlauben, das Konzentrationsniveau sinken, uns ablenken zu lassen. Bei der Entwicklung des Haushaltsvoranschlags für 2013 haben wir genau dies zu tun versucht. Wir haben versucht, unbeirrbar unseren Weg zu gehen, auch wenn dies aufgrund der Querschläge aus Rom nicht immer leicht fiel – nicht zuletzt deshalb, weil diese Querschläge fast schon laufend unsere Haushaltsplanung durcheinander bringen.

Trotzdem: Der Haushaltsentwurf steht, er kann sich – bei aller Bescheidenheit – sehen lassen, und zwar trotz einiger „trotz“. Trotz der Krise, zum Beispiel, gegen die zu stemmen wir von Beginn an versucht haben. Aufbauend auf dem, was wir bereits in den letzten beiden Jahren getan haben, geht es auch in diesem Haushaltsentwurf um gezielte strukturelle Maßnahmen gegen die Krise, um Maßnahmen zur Stabilisierung der Beschäftigung, zur Förderung des Wachstums und zur Kontrolle der Ausgaben. Selbstverständlich ist der vorgelegte Haushaltsentwurf – wie der Name schon sagt – ein Entwurf, man kann über einzelne Maßnahmen diskutieren, wir sind froh über sinnvolle Vorschläge, solange die genannten übergeordneten Ziele gewahrt und die mit den letzten beiden Haushalten eingeschlagene Stoßrichtung gewahrt bleiben.

Der Haushaltsentwurf steht, wie gesagt, er steht auch trotz der ungünstigen gesamtstaatlichen Rahmenbedingungen, trotz des stetigen Drucks aus Rom. Und trotz all dieser „trotz“ ist das Budget für 2013 gerade einmal um 2,2 Prozent geringer als für das laufende Jahr. Das hat auch damit zu tun, dass Südtirols Wirtschaft immer noch funktioniert, dass sie sich in ihrer Entwicklung trotz des gesamtstaatlichen Hemmschuhs und trotz der ungünstigen globalen Wirtschaftsentwicklung eher an deutschen und österreichischen, als an italienischen Trends orientiert. So ist das Bruttoinlandsprodukt – Krise hin oder her – in den letzten drei Jahren in Südtirol immer gewachsen: 2010 um ein Prozent, 2011 um 1,3, im laufenden Jahr immerhin noch um 0,5 Prozent. Und auch für 2013 prognostiziert man ein leichtes Wachstum um ein halbes Prozent. Das mag mickrig klingen, ist aber vor allem dann bemerkenswert, wenn man die italienischen Daten zum Vergleich hernimmt. 2011 war demnach Italiens letztes Jahr mit einem leichten BIP-Plus von 0,4 Prozent, in diesem Jahr gab's eine bedenkliche Rezession von 2,4 Prozent und auch für 2013 ist ein Minus vor der italienischen BIP-Entwicklung vorhergesagt: eines von

0,2 Prozent. Also: Südtirol schwimmt im gesamtstaatlichen Vergleich auch hier gegen den Strom – Gott sei Dank.

Die trotz allem leicht positive Wirtschaftsentwicklung ist es demnach auch, die unser Budget-Minus auffängt und uns einen Haushalt beschert, der uns Handlungsoptionen eröffnet. Wir können mit den insgesamt rund 4,36 Milliarden Euro an verwendbaren Mitteln agieren und nicht nur reagieren, wir können gestalten, wir können Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung nehmen, wir können ihr Impulse verleihen.

Klar ist allerdings: Diese Impulse müssen nicht nur wir als öffentliche Hand setzen, sie müssen vielmehr vor allem von der Wirtschaft und von den Haushalten ausgehen, müssen über die Förderung von privatem Konsum und von unternehmerischen Investitionen erfolgen. Nein, keine Angst, ich wälze hier nicht Verantwortlichkeiten ab, sondern zeige auf, wie wir die Wirtschaft am Laufen halten wollen: durch öffentlichen Investitionen, sicher, auch dadurch, doch in erster Linie dadurch, dass wir die finanziellen Handlungsspielräume von Unternehmen und Haushalten erhöhen. Und das heißt wiederum: Indem wir den Steuerdruck senken, der mittlerweile in einem kaum noch zu stemmenden Ausmaß auf unser aller Schultern lastet.

Und noch konkreter heißt es: Wir halten trotz der angespannten Haushaltsslage an der Befreiung niedriger Einkommen bis zu 15.000 Euro vom Landeszuschlag auf die Einkommenssteuer IRPEF fest, wir halten auch am Steuerabzug von 252 Euro pro Kind für Einkommen bis 70.000 Euro fest, wir halten am Abschlag von zehn Prozent auf die Kfz-Steuer fest, wir sehen weiterhin niedrige IRAP-Sätze für die Unternehmen vor, wir befreien Vereine und Betreuungsdienste sogar ganz vom IRAP-Zuschlag und sehen eine solche Befreiung neuerdings auch für neue Betriebe vor.

Alles in allem, auch das sei hier gesagt, weil die Unternehmer sich von uns ja immer wie die Stiefkinder behandelt fühlen, verzichten wir allein bei der Wertschöpfungssteuer IRAP auf Einnahmen in Höhe von 78 Millionen Euro. Vor allem die Befreiung neuer Betriebe ist von Unternehmerseite kritisiert worden, weil man sie – die Tatsachen völlig verdrehend – als Bevorzugung auswärtiger Unternehmen gegenüber alteingesessenen heimischen dargestellt hat. Deshalb nur zur Klarstellung: Geht es um die IRAP-Befreiung reden wir nicht nur von der Neuansiedlung von Betrieben. Klar, wir reden auch von dieser Neuansiedlung, die wir fördern müssen, wann immer wir dadurch Wertschöpfung für das Land ermöglichen und interessante Jobs für hoch qualifizierte Südtiroler schaffen. Aber wir reden eben nicht nur von solchen Neuansiedlungen, also nicht nur von Betrieben, die sich neu in Südtirol niederlassen, sondern auch – und vor allem – von Neugründungen. Wir

reden demnach von einem Anreiz für Südtiroler Köpfe, wirtschaftliche Initiativen zu starten, Ideen in ein Unternehmen umzusetzen, neue Projekte zu starten und damit dreierlei zu generieren: Arbeitsplätze, Steueraufkommen für die Allgemeinheit und darüber letztendlich Wohlstand.

Lassen Sie mich hier kurz einen Gedanken darüber einflechten, wie wichtig die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Land ist. Seit mehr als zwei Jahrzehnten sind wir in der privilegierten Situation, eine Arbeitslosenquote zu haben, die die Marke von vier Prozent nie überschritten hat, de facto also über Vollbeschäftigung zu verfügen. Das heißt aber noch lange nicht, dass dieses Beschäftigungs-Schlaraffenland für alle Zeit Bestand hat. Oder anders: Wenn wir nicht aktiv die Beschäftigung fördern, wenn wir nicht aktiv die Schaffung von Jobs unterstützen, dann sind wir die Vollbeschäftigung bald los. Also: Unser Hauptaugenmerk gilt weiterhin den Frauen, deren Beschäftigungsquote in den letzten zwei Jahrzehnten um 37 Prozent angestiegen ist, den Jugendlichen und den Über-50-Jährigen und natürlich auch jenen, die durch den Rost fallen und ihren Job verlieren. Sie unterstützen wir finanziell, sie unterstützen wir aber auch durch Umschulung und Weiterbildung, damit die Arbeitslosigkeit ein Übergangsphänomen bleibt und kein Dauerzustand wird. Zudem legen wir ein Augenmerk auch auf jene Gebiete, aus denen Abwanderung droht, weil die Zukunftsperspektiven fehlen. Und das heißt oft im Klartext: weil Jobs fehlen. Wir wie die Schaffung solcher Jobs fördern, wie wir demnach Zukunftsperspektiven für die betroffenen Gebiete schaffen können, analysieren wir derzeit im Detail.

Also: Das Schaffen von neuen, größeren Handlungsspielräumen für Familien und Unternehmen ist eine Richtung, in die unser Haushaltsentwurf zielt. Und wenn wir schon von Handlungsspielräumen reden, dann seien hier in Sachen Familien nicht nur die finanziellen genannt. Mit dem Familiengesetz zielen wir nämlich darauf ab, die Handlungsspielräume der Familien auch insoweit zu erweitern, als dass wir ihnen die Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Lebensentwürfen erleichtern. Oder besser: ihnen alle Optionen gleichermaßen offen halten, indem wir etwa die Betreuung auch von Kleinkindern harmonisieren und verbessern, indem wir die Elternkompetenz stärken, das Familiengeld einheitlicher gestalten und nicht zuletzt den Familien konkrete Vorteile etwa dank einer Familienkarte verschaffen.

Doch zurück zu den finanziellen Handlungsspielräumen, die wir für Haushalte wie Unternehmen gleichermaßen weiter gestalten. Mehr noch: Wir versuchen auch, unseren eigenen finanziellen Handlungsspielraum zu vergrößern. Theoretisch hätten wir dazu zwei Möglichkeiten: Die erste wäre, die Einnahmen zu erhöhen, was allerdings nur möglich wäre, wenn die Wirtschaftsentwicklung entsprechend anziehen würde oder wir an der Steuerschraube drehen würden. Die Wirtschaftsentwicklung zeigt – wie wir bereits gehört haben – nur leicht nach oben, die Steuerschraube – auch das habe ich bereits ausgeführt – lockern wir sogar: Demnach kommt eine Erhöhung der Einnahmen zur Vergrößerung unseres Handlungsspielraums als Land nicht in Frage.

Bleibt also Möglichkeit Nummer zwei, die da wäre: die laufenden Ausgaben zu senken, jene Ausgaben also, die als Fixposten in unserem Haushalt aufscheinen und – wenn man nichts unternimmt – von Haushalt zu Haushalt fortgeschrieben werden. Die Betonung liegt dabei auf „wenn man nichts unternimmt“, denn die Landesregierung ist bereits seit Jahren darum bemüht, die laufenden Ausgaben zu senken, in dem die dahinter steckenden Strukturen grundlegenden Reformen unterzogen werden. Diese Reformen, meist unter dem Schlagwort der Entbürokratisierung bzw. der Verschlankung der Verwaltung zusammengefasst, werden wir auch 2013 weiterführen. Es geht um die Reorganisation der Landesverwaltung, etwa durch die Zusammenlegung von Ämtern und Abteilungen. Erstere wollen wir von derzeit 210 auf rund 160 kürzen, letztere von 42 auf etwa 25. Es geht darüber hinaus aber auch um die Reorganisation unserer Gesellschaften, die entweder von innen reformiert werden oder – wo möglich und sinnvoll – in der Verwaltung aufgehen. Es geht auch um eine weitere Digitalisierung der Amtswege und in diesem Zusammenhang um einen Ausbau der Dienste, die den Bürgern auch mit Hilfe der Bürgerkarte online angeboten werden, es geht um die Senkung der Ausgaben für Gutachten, für Außendienste und Fahrkosten, es geht um den koordinierten Einkauf von Gütern und Dienstleistungen durch die öffentliche Hand, es geht um die Einbeziehung von Privaten in das Angebot öffentlicher Dienste, selbstverständlich immer mit Blick auf eine mindestens gleich bleibende Qualität, und es geht um eine engere Zusammenarbeit mit den anderen öffentlichen Körperschaften, allen voran mit Gemeinden und Bezirksgemeinschaften. Letzteres haben wir etwa durch die Schaffung der gemeinsamen Vergabestelle für öffentliche Aufträge vorgemacht. Überhaupt wollen wir Aufgaben verstärkt auch wieder an die Gemeinden delegieren, die diese ebenso wie ihre bisherigen Zuständigkeiten selbst oder – vor allem in kleinen Gemeinden – auch grenzüberschreitend und in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden übernehmen sollen.

In diesem Zusammenhang ist auch die geplante Reform des Raumordnungsgesetzes zu nennen, die wir im kommenden Jahr angehen werden. Sie macht in vielen Bereichen exemplarisch vor, wie wir uns die Aufgabenteilung zwischen Land und Gemeinden vorstellen, sie macht zudem aber auch exemplarisch vor, wie wir weiter Bürokratie abbauen, etwa wenn es um die Prozeduren zur Erstellung der Bauleitpläne geht oder um die Aus- und Zuweisung von Gewerbeflächen. Sie werden künftig weit weniger Arbeit der öffentlichen Stellen in Anspruch nehmen, sie werden weit weniger Zeit in Anspruch nehmen und damit auch weit weniger Kosten verursachen.

Mit all diesen Maßnahmen haben wir die laufenden Kosten von 2010 bis 2013, in gerade einmal drei Jahren also um 200 Millionen Euro gedrückt und drücken sie auch künftig noch weiter. Während der Haushalt in seinem Gesamtumfang in diesen Jahren demnach um rund vier Prozent gesunken ist, haben wir die laufenden Ausgaben um fast acht Prozent, also um das Doppelte gekürzt. Und auch 2013 sparen wir durch Reorganisation, Effizienzsteigerung und Entbürokratisierung wieder rund 16 Millionen Euro ein.

Die Ausdehnung unserer finanziellen Handlungsspielräume durch die Senkung der laufenden Kosten ist dabei kein Selbstzweck. Was wir damit erreichen, ist vielmehr eine Steigerung der Mittel für öffentliche Investitionen, allein vom laufenden auf das nächste Jahr um beachtliche 6,8 Prozent. Diese Mittel tragen wiederum dazu bei, dass die Rahmenbedingungen für das Leben und Wirtschaften in Südtirol verbessert und gleichzeitig Wachstumsimpulse in der konkreten Form öffentlicher Aufträge an die heimischen Betriebe gegeben werden.

Gerade was die Rahmenbedingungen betrifft, so haben wir in den letzten zwei Jahrzehnten enorm viel an Aufholarbeit geleistet. Als ich 1989 Landeshauptmann wurde, fehlte es in Südtirol an vielem, allen voran aber an einer Infrastruktur, die Südtirol und dessen Wirtschaft in die Liga der Großen bringen konnte. Es fehlte eine geeignete Verkehrsinfrastruktur, an der Erschließung der Peripherie wurde noch immer gearbeitet, es fehlte die Umweltinfrastruktur (wenn ich etwa an Kläranlagen oder die Müllverwertung denke), es fehlten moderne Verwaltungs- und Gesundheitseinrichtungen, es fehlten zeitgemäße Schulen und Kultureinrichtungen. Wir haben deshalb in den ersten Haushalten in den 90ern, aber auch noch in jenen nach der Jahrtausendwende immer sehr hohe Summen für öffentliche Bauten vorgesehen, für den Schulbau genauso wie für den Straßenbau, für Sanitätsbauten genauso wie für die Schaffung moderner Verwaltungseinrichtungen. Das hat uns nach und nach dem Vorwurf ausgesetzt, wir

schüfen Prunk- und Protzbauten, was wir aber getan haben, war nichts anderes, als mit allen Mitteln die klaffende Infrastrukturlücke in unserem Land zu schließen – im einen oder anderen Fall, das wird nachträglich klar, vielleicht etwas zu großzügig.

Vor ein paar Jahren habe ich an selber Stelle von der Hardware gesprochen, die es anzuschaffen galt, um das Land zukunftsfit zu machen. Nun, da die Hardware da ist und laufend den Herausforderungen der modernen Gesellschaft angepasst wird (siehe etwa die Breitbandverbindungen, die wir im kommenden Jahr im ganzen Land mit Hilfe von Glasfasersträngen geschaffen haben werden), nun, da dies also geschafft ist, liegt der Schwerpunkt auf der Software und dies erkennt man auch am vorliegenden Haushaltsentwurf. Er sieht etwa die verstärkte Förderung von Aus-, Weiter-, Berufs- und universitärer Bildung vor, Bereiche, die in diesem Jahr mit mehr Mitteln rechnen können als noch im laufenden Jahr. Allein in die Bildungsförderung investieren wir im kommenden Jahr etwa 3,1 Prozent mehr als noch im laufenden. Das mag sich nicht spektakulär anhören, ist aber angesichts der Budgetkürzungen eine strategische Entscheidung, die Opfer in anderen Bereichen verlangt. Wir bringen diese Opfer, weil wir die Bildung für ein Schlüsselinstrument zu mehr Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft halten, für eine Investition, die nachhaltige, die stetige Renditen bringen wird.

Ähnliches gilt für die Investitionen in die Forschung, die wir bereits seit Jahren Schritt für Schritt steigern. Vergleichen wir den Anteil der Ausgaben für F&E am Gesamtbudget, dann erkennen wir zwar, dass wir diesen allein im letzten Jahrzehnt von 0,3 auf mehr als 0,6 Prozent verdoppelt haben, noch immer ist das Europa-2020-Ziel von drei Prozent aber in weiter Ferne. Deshalb sehen wir auch hier einen Mehreinsatz von insgesamt 8,5 Millionen Euro vor, haben die Schaffung der unbedingt notwendigen neuen Strukturen ebenso vor Augen, wie die Förderung der Forschung in den bestehenden Betrieben und wollen so Südtirol als zukunftssträchtiges, als innovatives, als forschungsaffines Land positionieren, in dem Betriebe die Augen stets nach vorne richten, in dem Ideen geboren und umgesetzt werden, in dem Nischen gefunden und Möglichkeiten ausgelotet werden, in dem neue Produkte und neue Produktionsverfahren, neue Organisationsformen und neue Dienste geboren werden.

Ein weiterer strategischer Bereich, den wir verstärkt fördern, ist jener der Internationalisierung, also des Exports unserer Betriebe. Die Rechnung ist dabei eine einfache: Werden Produkte im Land produziert und auch hier verkauft, hält sich die Wertschöpfung für die Gesellschaft in Grenzen. Zudem ist der Absatzmarkt aufgrund der Größe (oder besser: mangelnden Größe) Südtirols sehr überschaubar, dem Wachstum

der Wirtschaft sind dadurch natürliche Grenzen gesetzt. Sie zu sprengen, gelingt nur, wenn man den Sprung über die (geographischen) Grenzen schafft, wenn man neue Absatzmärkte außerhalb des Landes erschließt, wenn man mit seinen Produkten auch auf auswärtigen Märkten auftritt. Dann – und nur dann – wird gesamtgesellschaftlich gesehen zusätzliche Wertschöpfung generiert, weshalb wir der Internationalisierung der Unternehmen in den letzten Jahren besondere Aufmerksamkeit gewidmet haben. Mit einigem Erfolg, gilt es zu unterstreichen. So hat sich der Wert der Exporte Südtiroler Unternehmen in den letzten 20 Jahren inflationsbereinigt nicht weniger als verdoppelt.

Trotzdem: Der Sprung über die Grenzen ist für die Unternehmen auch weiterhin kein einfacher, internationale Märkte sind schließlich hart umkämpft. Und dieser Sprung ist unweigerlich mit Risiken verknüpft, mit Investitionen der Unternehmen, die einen Markt und dessen Mechanismen zuerst im Detail kennen und danach sorgfältig beackern müssen, bevor sie darin Fuß fassen können. Dieses Risiko zu minimieren, auf ein erträgliches Maß zu drücken, ist unser Ziel. Wir setzen deshalb nicht nur auf die Verstärkung der entsprechenden Beratungs-, Betreuungs- und Begleitungsmaßnahmen sowie auf die Unterstützung der Marktforschung und der Einstellung entsprechender Experten, sondern auch auf einen konkreten finanziellen Fallschirm, den wir den Unternehmen bei ihren Auslandsengagements bieten: Es ist jener einer Exportgarantie, die wir vonseiten der öffentlichen Hand übernehmen und mit der wir das Engagement der Unternehmen auf fremden Märkten versichern. Wenn die Wirtschaft im Land demnach gebetsmühlenhaft die Unterstützung des Exports einfordert, kann ich nur antworten: machen wir bereits, jetzt auch mit neuen Instrumenten.

Grundsätzlich sei wiederholt: Wir wissen, dass unsere wirtschaftliche Entwicklung vom Einsatz der Familien und Unternehmen abhängt, wir unterstützen deshalb beide, wo immer dies möglich ist. Es verwundert deshalb, dass die Wirtschaftsverbände und -institutionen trotzdem nicht müde werden, mit Forderungskatalogen, Reformagenden oder sonstigen Papieren mit wohlklingenden Namen an die Öffentlichkeit zu treten. Es verwundert vor allem deshalb, weil viele der darin enthaltenen Punkten klingen, als wären sie aus unserem Regierungsprogramm abgeschrieben: siehe Exportförderung, siehe Forschungsförderung, siehe Bildungsoffensive, siehe IRAP-Senkungen, siehe Entbürokratisierung, siehe Senkung der laufenden Kosten – alles Konzepte, die wir bereits seit Monaten, zum Teil seit Jahren umsetzen und praktizieren. Aber danke trotzdem für die regelmäßigen Zusammenfassungen und dazugehörigen Belehrungen...

Langer Rede kurzer Sinn: Der vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2013 soll Impulse für die Entwicklung der Südtiroler Wirtschaft und Gesellschaft geben. Er tut dies einerseits durch die Ausdehnung der finanziellen Handlungsspielräume von Familien, Unternehmen und öffentlicher Hand, und zwar durch eine Verminderung des Steuerdrucks, durch gezielte Förderungen und die Senkung der laufenden Ausgaben des Landes. „Mehr geben, weniger nehmen“, könnte man also salopp formulieren. Er tut dies aber auch durch verstärkte Investitionen in die Schlüsselbereiche unserer Gesellschaft, in Bildung, Wirtschaft, Forschung und Innovation.

Erlauben Sie mir schließlich, zu guter Letzt, noch eine persönliche Anmerkung. Mit der heutigen Haushaltsrede komme ich auf fast zwei Dutzend, die ich hier in diesem Plenum gehalten habe. Sie ist gleichzeitig, das wissen Sie alle, auch die letzte, weshalb ein Blick zurück erlaubt sei. Als ich im März 1989 das Amt des Landeshauptmanns von meinem Vorgänger Silvius Magnago übernommen habe, waren die Fußstapfen, in die ich zu treten hatte, weiß Gott groß und das politische Erbe, das man mir hinterlassen hatte, war mir gleichermaßen Startkapital wie Bürde und Messlatte. Ich habe versucht, mit diesem Erbe zu wirtschaften, habe versucht, gemeinsam mit den Kollegen in allen Landesregierungen seither, mit den Mehrheitsfraktionen hier im Landtag und auch mit der Opposition an einem Land zu bauen, auf das wir alle stolz sein können. Und diesen Stolz, meine Damen und Herren, kann ich, sollten wir alle bei aller Bescheidenheit nicht verbergen. Die Freude an dem, wie sich Südtirol seit 1989 entwickelt hat, ist schließlich groß.

Wie ich heute bereits einmal angetönt habe, musste das klare Ziel unserer Politik von Anfang an sein, den Aufholbedarf Südtirols meistern zu können, und zwar in allen Bereichen. Wir haben Südtirol – und damit meine ich Stadt und Land gleichermaßen – deshalb Anfang der 90er in eine riesige Baustelle verwandelt – im wörtlichen, wie im übertragenen Sinn. Diese Baustelle war in der Autonomieentwicklung sichtbar, nachdem 1992, vor genau 20 Jahren also, die Streitbeilegungserklärung abgegeben worden war. Wer damals geglaubt hat, unsere Autonomie wäre damit in Stein gemeißelt, der sah sich getäuscht: Wir haben stattdessen in all den Jahren zahllose zusätzliche Kompetenzen nach Südtirol geholt, haben unsere Autonomie, unsere Zuständigkeiten stetig ausgebaut und ein immer höheres Maß an Eigenständigkeit erreicht.

Diese Eigenständigkeit, diese zusätzlichen Kompetenzen waren dabei nie Selbstzweck, sondern immer Instrument zum Ausbau der Lebensqualität unserer Bürger und der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. So haben wir unsere Zuständigkeiten – und

natürlich auch die finanziellen Verfügbarkeiten – genutzt, um unsere Infrastruktur auf Vordermann zu bringen. Und da ist die eben genannte „riesige Baustelle“ wörtlich zu nehmen: wir haben die Straßenverbindungen verbessert, Ort um Ort durch Umfahrungen vom Verkehr entlastet, wir haben Umweltinvestitionen getätigt, ein allumfassendes Netz von Kläranlagen aufgebaut und stellen nun auch die Müllverwertungsanlage in Bozen fertig. Dazu kommen Investitionen in Verwaltungsgebäude, in Gesundheits- und kulturelle Einrichtungen, etwa in die Kulturhäuser auf Ortsebene oder – auf ganz Südtirol bezogen – in unsere Landesmuseen.

Gesundheit und Kultur sind zwei Beispiele dafür, dass man den Sager der „Baustelle“ durchaus auch, aber nicht nur wörtlich zu nehmen hat. Schließlich haben wir auch Kulturarbeit auf ganz anderer Ebene betrieben, haben heute auch dank der öffentlichen Unterstützung ein dichtes Netz an Kulturvereinigungen aller drei Sprachgruppen. Analoges gilt für den Bereich Gesundheit, in dem wir heute über neue, moderne Krankenhäuser verfügen, gleichzeitig aber auch über einen gut ausgestatteten und bestens funktionierenden Gesundheitsdienst, den wir nach und nach modernisiert und auch den Zwängen knapper werdender Haushalte angepasst haben.

Eine Baustelle im wörtlichen wie übertragenen Sinn war auch die Bildung, der wir – beginnen wir mit dem wörtlichen Sinn – moderne Strukturen zur Verfügung gestellt haben, geräumige, gut ausgestattete Schulen, die unseren Kindern ebenso effiziente wie angenehme Orte des Lernens sein sollen. Schließlich wissen wir, dass die Bildung der Schlüssel zu einer gedeihlichen Zukunft ist: auf individueller Ebene ebenso wie auf gesellschaftlicher. Deshalb haben wir in den letzten Jahren – damit kommen wir zur Baustelle im übertragenen Sinne – unser Bildungssystem reformiert, ausgehend von der Übernahme der Zuständigkeit für die Lehrpersonen über die Reform von Unter- und Oberstufe bis hin zur Errichtung unserer dreisprachigen Universität in Bozen.

In eine große Baustelle – diesmal vor allem im übertragenen Sinn – haben wir in den letzten 20 Jahren auch die Mobilität im Lande verwandelt und auch das war nur möglich, weil wir die Zuständigkeiten dafür nahezu gänzlich übernommen haben. Wir haben sie genutzt, um das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln massiv auszubauen und gleichzeitig zu modernisieren: mit einem Ausbau und der Vertaktung des Bus- und Bahnverkehrs, mit der Wiederinbetriebnahme der Vinschger Bahn, mit der Totalsanierung der Pusterer Zugstrecke, mit der Einführung des Südtirol-Passes als einfaches, übersichtliches, unkompliziertes Tarifsystem, mit dem Ankauf umweltfreundlicher Fahrzeuge, mit neuen Citybussen und Aufstiegsanlagen. Offen sind noch zwei große

Mobilitäts-Baustellen: Die erste ist jene des Brennerbasistunnels und seiner Zulaufstrecken, die – einmal fertiggestellt – den Güterverkehr im Land revolutionieren werden, die zweite ist das noch ungelöste Verkehrsproblem im Großraum Bozen-Überetsch, das wir durch innovative Modelle zu lösen versuchen. Alles in allem wurde im Bereich Mobilität enorm viel getan, es wird immer noch viel getan und Beweis dafür sind nicht zuletzt zwei Zahlen: Allein in den letzten zehn Jahren haben wir die gefahrenen Zugkilometer nämlich auf rund sechs Millionen jährlich mehr als verdoppelt, die gefahrenen Kilometer mit Bussen um rund ein Drittel auf etwa 29 Millionen gesteigert. Beeindruckende Zahlen, die noch durch die enorm gestiegenen Fahrgastzahlen unterstrichen werden. Man sieht auch hier: Ein gutes Angebot generiert eine gute Nachfrage.

Dass es sich gelohnt hat, diese Baustellen zu eröffnen (und auch abzuschließen), dass es sich gelohnt hat, die Infrastrukturlücke zu schließen und ganz allgemein an den Rahmenbedingungen in Südtirol zu arbeiten, dass es sich auch gelohnt hat, so viel Geld zu investieren – Geld das wir immer auch hatten, das ist heute, in Zeiten des Auf-Pump-Lebens öffentlicher Körperschaften ja eigens zu betonen – zeigt ein Blick auf den Lebensstandard, die Lebensqualität in Südtirol, die nicht nur enorm zugenommen hat, sondern in allen Ranglisten – gesamtstaatlichen wie europäischen – stets auf den vordersten Plätzen landet, sogar in Europa unter den Top-20-Regionen. Untermauert wird dies durch ein Datum, das im Normalfall als Ausdruck für die Lebensqualität herhalten muss: das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Dieses ist in Südtirol in den letzten zwei Jahrzehnten signifikant gestiegen, und zwar um rund 50 Prozent – preisbereinigt wohlgerne – auf mittlerweile 36.600 Euro. Sicher: Das BIP pro Kopf mag nicht erklären, wie es in diesen Köpfen ausschaut, wie es den Leuten tatsächlich geht, es ist aber ein valider Indikator für die Lösung der existentiellen Probleme der Bürger. Oder salopp gesagt: Wir wissen, dass Geld allein nicht glücklich macht, dass Glück ganz ohne oder mit viel zu wenig Geld aber wesentlich schwerer zu erreichen ist.

Mir ist schon klar, dass wir hier von Durchschnittswerten reden und Durchschnittswerte über Einzelschicksale nichts aussagen. Wir haben uns aber stets auch dieser Einzelschicksale angenommen, haben immer alles daran gesetzt, dass niemand – egal welcher Herkunft, welchen Bildungsgrads, welchen Alters oder Geschlechts – durch den Rost fällt. Deshalb haben wir auch unser ganzes Sozialsystem zur Baustelle erklärt, es umgekrempelt und ausgebaut. Dies, um möglichst alle am Wohlstand teilhaben zu lassen.

Herausragend in diesem Zusammenhang ist meines Erachtens die Einführung der Pflegesicherung vor genau fünf Jahren, von der heute über 14.000 Menschen in Südtirol direkt profitieren. Und der Rest indirekt, wissen wir nun doch alle, dass wir uns nicht mehr davor fürchten müssen, zum Pflegefall zu werden – zumindest finanziell nicht. Diese Sicherheit lassen wir uns als Gesellschaft einiges kosten, schließlich haben wir in diesen Jahren über 610 Millionen Euro in die Pflegesicherung investiert. Gut angelegtes Geld, würde ich sagen, die obgenannte Sicherheit ist es nämlich wert.

Neben dem Grundbedürfnis der Absicherung im Alter konnten wir uns dank unserer Zuständigkeiten und dank unserer finanziellen Kapazitäten auch eines anderen Grundbedürfnisses verstärkt widmen: jenes eines Dachs über dem Kopf. Von Wohnungsnot, bei meinem Amtsantritt noch eines der Damoklesschwerter über unserem Kopf, spricht heute kein Mensch mehr. Das kommt nicht von ungefähr, sondern hängt mit dem riesigen Einsatz zusammen, den wir auf diesem Gebiet an den Tag gelegt haben. Wir haben dafür gesorgt, dass dank der umfangreichen Förderungen sich auch jene den Traum vom Eigenheim erfüllen können, die ihn alleine nicht stemmen könnten, wir haben dieses Angebot in den letzten Jahren auch auf den Mittelstand ausgeweitet und für die sozial Schwächsten halten wir einen riesigen Fundus an Sozialwohnungen bereit, den wir in den letzten beiden Jahrzehnten Schritt für Schritt ausgebaut haben: waren es vor 20 Jahren noch 10.200 Wohnungen, sind es heute ganze 3000, also fast ein Drittel mehr. Und wir haben es damit geschafft, allen Bewerbern mit 25 Punkten und mehr auch tatsächlich eine Wohnung zu vermitteln.

Was mir aber am meisten am Herzen gelegen ist – ich hab's heute schon einmal betont – war die Aussöhnung zwischen den Sprachgruppen. Umso zufriedener macht es mich, heute Tag für Tag ein Land erleben zu dürfen, in dem meine Kinder und Enkel ohne ethnischen Klotz am Bein aufwachsen können, in dem keine ethnische Grüppchenbildung mehr zu beobachten ist und ethnisch bedingte Streitereien zur Ausnahme geworden sind. Südtirol, werte Kolleginnen und Kollegen, ist nicht deutsch. Südtirol ist genauso wenig italienisch oder ladinisch. Südtirol ist dreisprachig und dank seiner Einwanderer multikulturell. Es ist keine Reibungsfläche zwischen Kulturen mehr, sondern eine Brücke, die diese verbindet.

Was mich dabei am meisten freut, ist die Tatsache, dass diese Entwicklung, diese Aussöhnung von unten gewachsen und nicht von oben verordnet worden ist. Mehr noch: Sie ist zustande gekommen, auch wenn die Politik bestimmter Kräfte die ethnischen

Gräben immer wieder aufzureißen versucht hat (und teilweise immer noch versucht). Und gerade weil das Zusammenleben von unten gewachsen ist, ist es heute umso verwurzelter, umso fester. Mir deshalb keine Sorgen mehr machen zu müssen über dieses Zusammenleben, ist das schönste, was ich aus dieser politischen Laufbahn mitnehmen werde.

Aber noch muss ich mich mit diesem Erbe nicht beschäftigen, noch bin ich ja hier, noch haben wir ein Jahr harter Arbeit vor uns. Und das beginnt spätestens mit der Haushaltsdebatte in der kommenden Woche. Bis dahin vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!